

An
Presseverteiler der
TSG Reutlingen 1843 e.V.
TSV Betzingen e.V. 1889
Sektion Reutlingen des Deutschen Alpenvereins e.V..

Tobias Buss - Geschäftsführer

Ringelbachstr. 96/1, 72762 Reutlingen
T: 07121 334250, F: 07121 310121
E-Mail: tobias.buss@tsg-reutlingen.de
Ust.-ID: DE146486682
Steuer-Nr.: 78042/50671

Reutlingen, 25.11.2020

PRESSEMITTEILUNG

Hilferuf an die Landesregierung

- TSG Reutlingen schickt zusammen dem TSV Betzingen, dem DAV Sektion Reutlingen und 47 weiteren württembergischen Sportvereinen einen Offenen Brief an Ministerpräsident Kretschmann und Kultusministerin Eisenmann
- „In der aktuellen Situation ist das Vereinsleben wie wir es kennen in Gefahr!“

Der zweite Lockdown hat die Probleme der Sportvereine so gut wie überall massiv verschärft. Zusammen mit 47 weiteren Sportvereinen in Württemberg haben auch die großen Reutlinger Vereine TSV Betzingen, TSG Reutlingen und DAV Sektion Reutlingen deshalb einen Offenen Brief an Ministerpräsident Kretschmann und Sportministerin Dr. Susanne Eisenmann geschickt. Neben den finanziellen Folgen sind es dabei vor allem die Ungewissheit um die Zukunft und die sozialen Auswirkungen, die die Vereine belasten: „Die erneute Schließung trifft uns direkt vor der Kündigungsfrist besonders hart! Ohne die Perspektive einer baldigen Rückkehr in den Sportbetrieb drohen nicht nur Mitglieder, sondern auch viele Ehrenamtliche wegzubrechen.“, sagt Andreas Keppler, 1. Vorsitzender der TSG Reutlingen. Sein Betzinger Kollege Günter Förster ergänzt: „In der aktuellen Situation ist das Vereinsleben wie wir es kennen in Gefahr!“

Mit viel Aufwand hatten die Ehrenamtlichen gerade erst wieder den regelmäßigen Trainings-, Wettkampf- und Spielbetrieb unter Pandemie-Bedingungen ins Laufen gebracht. Nun steht wieder so gut wie alles still – und keiner kann abschätzen, wie lange. Vor allem für die Ehrenamtlichen sei dies alles ein herber Schlag. Die Frustration durch die unvermeidliche Untätigkeit wie auch die Perspektivlosigkeit sitze mittlerweile tief, heißt es in dem Brief an die Landesregierung. „Und so erreichen uns nun im zweiten Lockdown zunehmend Stimmen auch von langjährigen Funktionsträgern, die sich ein Leben ohne Ehrenamt vorstellen können“, schreiben die 50 Sportvereine aus Württemberg, denen zusammen rund 250 000 Mitglieder angehören.

Dabei sei die Bereitschaft in den Sportvereinen hoch, die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie solidarisch mitzutragen und umzusetzen. Denn gerade der Sport wisse, wie wichtig es sei, sich an Regeln zu halten, bekennen die 50 zeichnenden Vereine. Denn Regeln seien eben nicht nur eine Beschränkung der individuellen Freiheit, sondern vor allem Voraussetzung für ein faires sowie rücksichts- und verantwortungsvolles Miteinander. „Die Vereine haben proaktiv und weit über behördliche Auflagen hinausgehend erfolgreiche Hygienemaßnahmen für ihre Sportstätten getroffen. Leider ist dies ohne Beachtung geblieben. Die Sportstätten sind Mittelpunkt des sportlichen und ehrenamtlichen Lebens in den Vereinen und sind für die Vereine wirtschaftlich bedeutend. Daher müssen die Konzepte für den Sport zukünftig überdacht werden.“, erklärt Jochen Ammann, 1. Vorsitzender des DAV Sektion Reutlingen.

Dennoch sei es für die Vereine sehr schmerzhaft gewesen, dass der Sport bei der Lockdown-Entscheidung allein dem Freizeitbereich zugeschlagen wurde und die wichtige gesellschaftliche Arbeit in den Bereichen Kinder und Jugendliche wie auch Gesundheit, gar keine Berücksichtigung gefunden habe. Daher setze man sich sehr dafür ein, dass „gerade der Kinder- und Jugendsport schnellstmöglich wieder zugelassen“ wird, wenn die Entwicklung der Infektionszahlen dies erlaube. Zugleich hoffe man, dass die Politik den Sport bei der weiteren Entwicklung der Pandemie mit differenzierten und verhältnismäßigen Maßnahmen begleite und ihn bei der schwierigen Aufbauarbeit in den kommenden Monaten und Jahren strukturell und nachhaltig unterstütze, schließt der Offene Brief an Ministerpräsident Kretschmann und Sportministerin Eisenmann.

Anlagen:

- Offener Brief der Vereine an die Landesregierung